Gibt es in der Schweiz nicht genügend preisgünstige Mietwohnungen? Adobe Stock

ZUR VOLKSINITIATIVE

«MEHR BEZAHLBARE WOHNUGNEN»

Am kommenden Sonntag stimmen die Schweizer Stimmberechtigten über die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» ab. Die Abstimmungsfrage lautet: Wollen Sie die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» annehmen?
Nach Auffassung des Initiativkomitees gibt es in der Schweiz nicht genügend preisgünstige Mietwohnungen. Um dieser Situation abzuhelfen, möchten die Initiantinnen und Initianten, dass mindestens 10 Prozent der neuen Wohnungen von Wohnbaugenossenschaften erstellt werden. Die Initiative will zudem verhindern, dass Beiträge zur energetischen Sanierung für Luxuslösungen verwendet werden.
Bundesrat und Parlament lehnen diese Initiative ab. Sie sind der Ansicht, die heutige Situation sei zufriedenstellend und es brauche keine weiteren Korrekturmassnahmen in der Verfassung. Die Umsetzung der Initiative führe zudem zu unverhältnismässigen Kosten. Bei einer Ablehnung der Initiative würde der bestehende Fonds für gemeinnützigen Wohnungsbau für 10 Jahre mit 250 Millionen gespeist.

Empfehlung von Bundesrat und Parlament
Für Bundesrat und Parlament ist klar: Es gibt ausreichend Mietwohnungen zu tragbaren Preisen. Schon heute garantiert die Bundesverfassung die Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus – ohne starre Quote. Die bisherige Wohnraumförderung hat sich bewährt. Die Umsetzung der Initiative würde unverhältnismässig viel kosten.

Empfehlung des Initiativkomitees
Laut dem Initiativkomitee gibt es in der Schweiz zu wenig bezahlbare Wohnungen. Grund für steigende Mieten sei, dass die Immobilieneigentümerinnen und -eigentümer immer höhere Renditen anstrebten. Die Initiative fordert mehr Wohnungen im Eigentum gemeinnütziger Wohnbauträger, da diese nicht gewinnorientiert arbeiten. *pd*

Alle Planwirtschaften sind abzulehnen – sie gehören auf den Misthaufen der Geschichte

Ein weiteres Beispiel einer unnötigen und unwirksamen Planwirtschaft stellt die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterinnen- und Mieterverbands dar. Sie verfolgt das Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum zu erhöhen. Der Bund soll dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind. Zudem soll der Anteil dieser Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand stetig erhöht werden. Neben der unnötigen planwirtschaftlichen Vorgabe, die in keine freie Marktwirtschaft gehört, stellt diese Initiative auch einen massiven und völlig ungerechtfertigten Eingriff in das Privat-Eigentum dar, denn es besteht kein derartiges übergeordnetes Interesse. Kantone und Gemeinden sollen erst noch ein Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken erhalten, die in ihrem oder im Eigentum bundesnaher Betriebe sind (wie beispielsweise Grundstücke der SBB, Post und so weiter). Dabei geht es um ein enormes Volumen. Die SBB verwaltet beispielsweise 3'500 Gebäude, 800 davon sind Bahnhöfe, mit erzielten Mieteinnahmen von jährlich 480 Millionen Franken.
Der Staat hat nicht noch mehr Funktionen zu übernehmen. Wohnungsbau gehört definitiv nicht zu seinen Kernaufgaben. Diese Initiative ist klar abzulehnen. Sie wird insbesondere in ländlichen Gegenden zu einer Behinderung beim Wohnungsbau führen, da die Nachfrage bedeutend kleiner sein wird als in grösseren Städten.

Thomas Ammann
Kantonsrat FDP
Waldkirch

Nein zur Bestrafung privater Hauseigentümer

Die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» des Mieterinnen- und Mieterverbands verfolgt das Ziel, das Angebot an preisgünstigem Wohnraum zu erhöhen. Der Bund soll dafür sorgen, dass gesamtschweizerisch mindestens 10 Prozent der neu gebauten Wohnungen im Eigentum von Trägern des gemeinnützigen Wohnungsbaus sind. Zudem soll der Anteil dieser Wohnungen am Gesamtwohnungsbestand stetig erhöht werden. Kantone und Gemeinden sollen ein Vorkaufsrecht beim Verkauf von Grundstücken erhalten, die in ihrem oder im Eigentum bundesnaher Betriebe sind (wie beispielsweise Grundstücke der SBB, Post und so weiter). Dabei geht es um ein enormes Volumen. Die SBB verwaltet beispielsweise 3'500 Gebäude, 800 davon sind Bahnhöfe, mit erzielten Mieteinnahmen von jährlich 480 Millionen Franken. Mit der Annahme der Initiative kann sich der Staat ein enormes Potenzial an neuen Mieteinnahmen erschliessen, ohne dass Private die Chance bekommen, auch in den Markt einzusteigen. Die Initiative straft private Hauseigentümer und ist abzulehnen.

Oskar Seger
Präsident FDP Stadt St.Gallen
Stadtparlamentarier St.Gallen

Mieterverbandsinitiative ignoriert Föderalismus

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verlangt eine 10-Prozent-Quote für gemeinnützige Wohnungen. Darauf angesprochen, wiegeln die Initiativbefürworter immer wieder ab, dass diese Quote nicht überall gelten muss. Im Initiativtext steht aber klar, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen dafür sorgen müsste – es ist jedoch höchst unrealistisch, dass einzelne Kantone, wie beispielsweise Zürich oder Basel so viele gemeinnützige Wohnungen bauen werden, dass sie dafür andere Kantone kompensieren können. Das würde dazu führen, dass entgegen allen Beteuerungen auch in solchen Kantonen gemeinnützige Wohnungen gebaut werden müssten, wo die Nachfrage nicht vorhanden ist, wie dies beispielsweise im Kanton St.Gallen und sogar in der grössten Stadt der Ostschweiz mit St.Gallen der Fall ist. Was benötigt wird im Wohnungsbau, ist nicht eine nationale Initiative wie diese, welche alle in ein unpassendes Korsett zwingt, sondern praxistaugliche Lösungen auf lokaler Ebene. Aus all diesen Gründen sage ich überzeugt Nein zur Mieterverbandsinitiative am 9. Februar.

Thomas Percy
Parteileitungsmitglied FDP
St.Gallen-Gossau

JA stimmen wirkt

Fallen Sie nicht herein auf die millionenschwere Inserate- und Plakatkampagne der Spekulanten-Lobby. Die Fake-Argumente zeigen glasklar die Gier nach möglichst viel Gewinn aus dem Wohnungsmarkt. Die Mieterverbandsinitiative hat nichts mit Verstaatlichung zu tun. Sie will nur die Quote von gemeinnützigen Wohnungen von heute vier auf zehn Prozent erhöhen. Dieser Zielwert gilt als Durchschnitt für die Schweiz und nicht für jeden Kanton und jede Gemeinde. Seit 2001 sind die Mieten um 25 Prozent gestiegen, die Hypozinsen von 4.5 Prozent auf 1.5 Prozent gefallen. Würden diese Senkungen korrekt weitergegeben, lägen die Mieten 40 Prozent tiefer, hält die Raiffeisen-Studie fest! Darum ist es nötig, dass Gemeinden via Vorkaufsrecht aktive Bodenpolitik betreiben und dort, wo bezahlbare Wohnungen fehlen, Land im Baurecht an Genossenschaften abgeben.
Casafair, der Verband der umweltbewussten Eigentümer sagt JA zur Initiative. In der Medienmitteilung der CVP-Frauen steht: «Das Argument der Verstaatlichung lassen wir nicht gelten. Ein Regulieren und Korrigieren der gängigen Praxis ist durchaus angezeigt.» Das tönt nach JA-Parole, beschlossen wird Stimmfreigabe… Ja stimmen wirkt!

Ruedi Blumer
Präsident MV Ostschweiz
Gossau

Ihre Stimme zählt!
Haben Sie etwas gesehen oder gehört? Die St.Galler Nachrichten-Redaktion hat ein offenes Ohr für Sie.
red@st-galler-nachrichten.ch
071 242 67 70

Zur Abstimmung «Mehr bezahlbare Wohnungen»

Mit der Mieterverbandsinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» wird eine Quote für Genossenschaftswohnungen geschaffen. So wird ein System mit «Insidern» und «Outsidern» etabliert. Alteingesessene Insider profitieren von vergünstigten Wohnungen, neu zugezogene Outsider ohne lokales Netzwerk haben keine Chance, eine solche Wohnung zu ergattern und bezahlen die höheren Marktmieten. Durch die Quote wird der verbleibende Markt zusätzlich verkleinert und die dortigen Mieten umso teurer. Die geforderte Quote ist unfair und hat einen sozialistischen Touch, deshalb stimme ich am 9. Februar Nein zur Mieterverbandsinitiative.

Andreas Dudli
Stadtparlamentarier, FDP
Kantonsratskandidat

Nachfrage nicht vorhanden

Die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verlangt eine 10-Prozent Quote für gemeinnützige Wohnungen. Sobald aber Carlo Sommaruga, Mieterverbandsvertreter, darauf angesprochen wird, fängt er an zu relativieren und meint, diese Quote müsste nicht überall gelten. Im Initiativtext steht aber klar, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Kantonen dafür sorgen müsste. Es ist doch höchst unrealistisch, dass einzelne Kantone so viele gemeinnützige Wohnungen bauen werden, dass sie dafür andere Kantone kompensieren können. Das würde schussendlich doch dazu führen, dass entgegen allen Beteuerungen auch an solchen Orten gemeinnützige Wohnungen gebaut werden müssten, wo die Nachfrage nicht vorhanden ist und das ist komplett unsinnig! Die Initiative ist deshalb klar abzulehnen.

Lisa Vincenz
Vorstandsmitglied FDP
Regionalpartei St. Gallen-Gossau
Abtwil

Unsinnige Forderung

Der Mieterverband fordert in einer Volksinitiative eine 10 Prozent Quote für den Bau von gemeinnützigen Wohnungen. Diese Forderung ist unsinnig – sie überzieht die ganze Schweiz mit einer gleichförmigen Lösung, dabei ist die Situation lokal sehr unterschiedlich. An manchen Orten herrscht ein Überangebot an Wohnungen und Vermieter winken mit Gratis-Monaten. In den Städten ist die Suche hingegen viel schwieriger. Gerade die Städte haben aber längst Massnahmen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbaus getroffen, die 10 Prozent Quote bringt hier gar nichts mehr. Ich stimme deshalb ganz klar NEIN.

Jan Bauer
Vizepräsident Jungfreisinnige
Kanton St.Gallen
St.Gallen